



Herrn Ortsbürgermeister  
Thomas Becker-Theilig  
Rathaus  
55294 Bodenheim

21.03.2019

## **Resolution des Gemeinderates der Ortsgemeinde Bodenheim zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) des Landes RLP**

Sehr geehrter Herr Ortsbürgermeister Becker-Theilig,

die Straßenausbaubeiträge sind in der jüngeren Vergangenheit verstärkt in die Kritik geraten, da die Beitragsbelastungen für die betroffenen Grundstückseigentümer/innen im Einzelfall sehr hoch sind und bis in den vier- oder sogar fünfstelligen Bereich reichen können. Dies führt in zahlreichen Fällen zu großen Belastungen und teilweise auch zu sozialen Härten bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Allein die Werthaltigkeit eines Grundstückes führt nicht zur Liquidität des Grundstückseigentümers. Die Beitragsforderungen sind insbesondere für junge Familien, Geringverdiener, Alleinstehende oder Rentner kaum oder nicht zu finanzieren. Zudem können Betroffene aus Altersgründen meist nicht mehr mit einer Kreditzusage der Banken rechnen.

Die aktuelle Rechtslage in Rheinland-Pfalz verpflichtet Städte und Gemeinden dazu, einen Teil der Kosten auf die Grundstückseigentümer der ausgebauten bzw. sanierten Straßen umzulegen. Die Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur sollte aus unserer Sicht vielmehr eine allgemeine Aufgabe der Daseinsvorsorge des Staates sein.

Die Finanzierung der Straßenausbaumaßnahmen möge zukünftig über eine zweckgebundene Schlüsselzuweisung des Landes erfolgen, die den bisherigen Anteil der Anlieger deckt.

Bundesländer wie Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Hamburg haben daraus bereits die Konsequenzen gezogen, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Rheinland-Pfalz sollte diesen Beispielen folgen.

**Die FWG stellt den Antrag, die nachfolgende Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu beschließen.**

### **Die Resolution im Wortlaut:**

**„Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Bodenheim fordert die Landtagsfraktionen des Landes Rheinland-Pfalz sowie die Landesregierung auf, sich für die Abschaffung der nach dem Kommunalabgabengesetz von den Bürgerinnen und Bürgern zu tragenden Straßenausbaubeiträge auszusprechen und die Gesetzeslage zu ändern.**

**Die dabei entstehenden Einnahmeausfälle sollen stattdessen durch Zuweisung des Landes an die Kommunen kompensiert werden. Es ist sicherzustellen, dass den Kommunen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die von ihnen verantworteten Straßen in einem verkehrsgerechten und städtebaulich fachgerechten Zustand zu halten.**



# FWG

Freie Wählergruppe Bodenheim e. V.

Vielen Dank im Voraus für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Franz-Josef Kerz  
Fraktionsvorsitzender der FWG Bodenheim e.V.

FWG Bodenheim e.V. Fortschritt Weiter Gestalten – Wir sind bereit